



STELLUNGNAHME zum Antrag		Vorlage Nr.:	2018/0064	
SPD-Gemeinderatsfraktion CDU-Gemeinderatsfraktion GRÜNE-Gemeinderatsfraktion KULT-Gemeinderatsfraktion FDP-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	Dez. 3	
Erhöhung der Mittel Clearingstelle SkF/akuter Bedarf				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	20.03.2018	17	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, dem interfraktionellen Antrag der Gemeinderatsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DieGrünen, Kult und FDP stattzugeben.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	nein	<input checked="" type="checkbox"/>	X	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
11.836,50 Euro		11.836,50 Euro		11.836,50 Euro		
Haushaltsmittel stehen in voller Höhe zur Verfügung Kontierungsobjekt: PSP-Element: 1.500.36.20.02.03 Ergänzende Erläuterungen: Kontenart 43000000						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	abgestimmt mit	

Der Sozialdienst katholischer Frauen beantragt für seine Clearingstelle eine Erhöhung des städtischen Zuschusses von derzeit bewilligten 23.755,56 Euro um 11.836,50 Euro auf insgesamt 35.592,06 Euro. Dies entspricht einer Erhöhung um 49,82 %.

Im Rahmen der Einsparungen des Haushaltsstabilisierungsprozesses wurde der Zuschuss für die Clearingstelle um 1.163,55 Euro gekürzt. Weiterhin hat der Träger von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht und den Kürzungsbetrag von 937,49 Euro für das Projekt „Anti-Gewalt-Beratung“ ebenfalls bei der Clearingstelle in Abzug gebracht.

Die Notwendigkeit der Zuschusseserhöhung wird mit der steigenden Kontaktdichte pro Termin begründet. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die Öffnungszeiten angepasst und dadurch eine qualitative Beratung inklusive der Vor- und Nachbereitung, Fallbesprechung und Verwaltungsarbeit gewährleistet werden.

Die Entwicklung der Termine und Kontakte kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Jahr	Termine	Kontakte
2014	49	174
2015	62	283
2016	68	315
2017	82	301

Quelle: vorliegende Verwendungsnachweise

Die Öffnungszeit der Clearingstelle soll ab sofort von derzeit 8,6 Wochenstunden auf 14 Wochenstunden verlängert werden.

Die Sozialplanung der Sozial- und Jugendbehörde bestätigt die notwendige Erhöhung der Öffnungszeiten aus fachlicher Sicht.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel von 11.836,50 Euro müssen im Teilhaushalt 5000 (Soziales und Jugend) zur Verfügung gestellt werden.

Für den Doppelhaushalt 2019/2020 sind diese Mittel bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, dem interfraktionellen Antrag der Gemeinderatsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DieGrünen, Kult und FDP stattzugeben.